

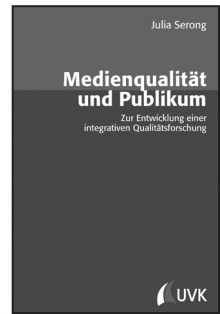
Literatur-Rundschau

Julia Serong: Medienqualität und Publikum. Zur Entwicklung einer integrativen Qualitätsforschung. Konstanz/München: UVK Verlagsgesellschaft 2015, 334 Seiten, 49,00 Euro.

Julia Serong will Bewegung in die Debatte um die Forschung zur Medienqualität bringen. Durch ihre theoretischen Begründungen will sie von der Notwendigkeit überzeugen, das Publikum besser in den Qualitätsdiskurs einzubinden, seine Vorstellungen stärker zu beachten sowie die Leistungen der Rezipienten für die Allgemeinheit und ihre Partizipation an öffentlicher Kommunikation anzuerkennen.

In Forschung und Praxis gilt bislang aber die Quote als zentrales Maß für Publikumsgunst und ökonomische Qualität, sprich für Markterfolg, sowie als Gegenpol zur normativen Qualität. Was sich rechnet, steht im Widerspruch zu dem, was für die demokratische Gesellschaft zählt. Diesen medienökonomisch geprägten „individualistisch-kollektiven Publikumsbegriff“ eines aus „nutzenoptimierten Konsumegoisten“ (S. 299) bestehenden Rezipienten-Volks will die Forscherin überwinden durch ein „gesellschafts- bzw. öffentlichkeitstheoretisches“ Konzept (S. 20f.).

Serongs Anliegen ist verdienstvoll und zeitgemäß in einer digitalen und demokratischen Mediengesellschaft mit einem engagiert interagierenden, publizierenden Publikum, das sich aber teils in seinen Bedürfnissen und Sorgen nicht hinreichend wahrgenommen fühlt und darauf mit Verdrossenheit reagiert. Der Verfasserin gelingt eine fundierte Analyse des Qualitätsdiskurses, seiner systemischen Grundlagen und semantischen Differenzierungen sowie der Qualitätsforschungsprobleme (Kapitel 1 bis 3). Sie verlangt, theoretische Grabenkämpfe wie „die fast schon paradigmatische Unterscheidung von systemtheoretischen und handlungstheoretischen Ansätzen“ (S. 290) zu beenden, knüpft ausdrücklich an Forschungen von Klaus Arnold, Uwe Hasebrink und Christoph Neuberger an und plädiert für eine Qualitätsforschung auf der Basis integrativer Konzepte, weil sie den Qualitätsdiskurs in größerer Vielfalt erfassen würden.



Darauf aufbauend analysiert sie zwei Phänomene und Herausforderungen funktional differenzierter Gesellschaften: erstens Inklusion (Kapitel 4), also die Frage nach der Verknüpfung von Individualisierung und Integrationsfunktion, zweitens Gemeinsinn (Kapitel 5). Serong schließt hier an das Gemeinwohlkonzept von Michael Anderheiden an, in dem Gemeinsinn einen zentralen Platz einnimmt, verstanden als positive Haltung des Einzelnen der Gemeinschaft gegenüber, an der er teilhat und für die er sich einsetzt. Serong überträgt diese aus staatsrechtlicher und philosophischer Perspektive erfolgten Überlegungen in ihr auf die Zivilgesellschaft ausgerichtete Publikumskonzept (Kapitel 6).

Solche Verknüpfungen und Transfers machen den Reiz der 2014 an der FU Berlin eingereichten Dissertation aus. Sie münden in zwei Appelle, die die Autorin in ihrer Schlussbetrachtung (Kapitel 7) hervorragend auf den Punkt bringt: erstens für mehr Differenzierung und zweitens für die Verpflichtung der Forschung als Beobachterin von Qualitäts- und Publikumsausrichtung in Medien und öffentlicher Kommunikation. Es gebe nicht einfach das Publikum. Verengungen auf Dichotomien – Eigennutz versus Gemeinnutz, individuelles versus öffentliches Interesse, Qualität versus Quote – vernachlässigen, dass das

Publikum die „primäre Instanz der Qualitätsbeurteilung“ sei (S. 21). Sein Urteil sei gewichtiger als das von Medienregulierung, -kritik und -journalismus (S. 20), die wegen des bei der Selbstbeobachtung des Mediensystems immanenten blinden Flecks zudem an Grenzen stoßen. Die dadurch entstehenden Öffentlichkeitsdefizite könne und müsse die Wissenschaft ausgleichen: indem sie systematisch den Scheinwerfer sowohl auf Diskursstränge und Foren richte, die Medienregulierer und -kritiker vernachlässigen, als auch auf das Publikum.

Die gesellschaftliche Verantwortung der Kommunikationswissenschaft anzunehmen, ist begründet, wünschenswert wäre aber ein differenzierter Handlungsvorschlag auch in Bezug auf die Gratwanderung (S. 291) zwischen Werturteilsfreiheit und Wertbezogenheit; die Priorisierung der Urteilsmacht (Publikum, dann Regulierer etc.) wirft Fragen auf; „Publikum der Öffentlichkeit“ bleibt trotz der Erklärversuche eher ein Arbeitsbegriff; und mitunter verfängt sich Serong selbst in der systemtheoretischen Perspektive.

Die gesellschaftliche Verantwortung der Kommunikationswissenschaft anzunehmen, wie Serong es tut, ist begründet.

Aber der von ihr ausgearbeitete „integrative Theorierahmen“ schafft eine Grundlage – zum Beispiel um, so auch der Wunsch der Autorin, Gemeinsinn für die empirische Publikumsforschung zu operationalisieren.

Marlis Prinzing, Köln

Regina Greck: Elitäre Verhältnisse. Selbst- und Fremdbild der Eliten in Journalismus und Politik. Wiesbaden: Springer VS 2017, 307 Seiten, 39,99 Euro

Wie gehen die Eliten in Journalismus und Politik miteinander um? Welche Kompetenzen, welchen Einfluss messen sie sich selber und dem Gegenüber zu? Diesen Fragen geht Regina Greck in ihrer sorgfältigen Eichstätter Dissertation nach, doch bevor die Autorin zu ihrer eigenen Untersuchung kommt, muss sie klären, was Eliten sind. Dazu präsentiert und diskutiert sie die gesamte Eliteforschung der letzten 60 Jahre sowie die Forschung zur politischen Kommunikation. Sie nimmt dann eine horizontale und vertikale Abgrenzung vor und entscheidet sich für Funktionseliten in verschiedenen Teilbereichen einer funktional differenzierten Gesellschaft, verwirft also die Idee, dass eine Gesellschaft eine einzige Elite kennt. Sie konzentriert sich zudem auf die nationale Ebene in Deutschland, vernachlässigt also, dass es auch lokale und regionale Eliten gibt.

Für ihre Untersuchung bestimmt sie die Journalismus-Elite entlang von Leitmedien, die im Sinne von Jürgen Wilke über eine große Reichweite verfügen, von Eliten genutzt werden, den Journalistinnen und Journalisten als Orientierung dienen, viel zitiert werden, eine publizistische Intention haben und qualitativ hochstehenden Journalismus bieten. Sie wählt bei diesen Leitmedien in den Bereichen Print, Fernsehen, Radio und Online die Chefredaktionen, die Hauptstadtreaktionen und die Angehörigen der Politikressorts aus. Als Politik-Elite definiert sie die Mitglieder des Deutschen Bundestages.

Diese Entscheidungen sind nachvollziehbar, weil alles andere kompliziert geworden wäre. Die Autorin nimmt allerdings in Kauf, dass der Bundespräsident und einflussreiche Ministerpräsident_innen nicht zur politischen Elite gehören, dafür aber Hinterbänkler des Parlamentes. Und sie nimmt in Kauf, dass Neulinge in einem Politikressort zur journalistischen Elite zählen, nicht aber herausragende freie Journalist_innen. Regina

